

Hauptsäule –, nicht abbrechen lassen, sondern gerade in Nordrhein-Westfalen weiter fortführen können. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind somit am Ende der Beratungen nicht nur dieses Teilbereichs, sondern des gesamten Einzelplans 10 angelangt.

Ich rufe die Abstimmung über den Einzelplan 10 auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4470, den Einzelplan in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Beschlussfassung seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und einem Teil der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU, FDP, einem anderen Teil der Piratenfraktion sowie des fraktionslosen Abgeordneten Stein bei Enthaltung eines weiteren Teils der Piratenfraktion mehrheitlich angenommen. Damit hat der Landtag dem **Einzelplan 10** in der vorgelegten Form **zugestimmt**.

Ich rufe den nächsten Einzelplan auf:

**Einzelplan 09
Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr**

In Verbindung mit:

Keine Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei der Bundesverkehrswegeplanung – Seeverkehrsprognose 2030 der Bundesregierung muss dringend überprüft werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4442

Ich verweise, meine Damen und Herren, auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 09 Drucksache 16/4409 und eröffne die Aussprache zunächst zum

**Teilbereich
Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung**

Als erstem Redner erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Schemmer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Schemmer, warten Sie bitte einen kleinen Augenblick.

Meine Damen und Herren, ich darf doch sehr herzlich bitten, dass diejenigen, die sich jetzt versammeln und Gespräche führen, das vielleicht draußen tun, damit wir den Rednerinnen und Rednern auch in der weiteren Beratung unser Gehör schenken können. – Vielen Dank.

Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Schönen Dank, Herr Präsident. – Lessing hat einmal gesagt: „Zu einem großen Mann gehört beides: Kleinigkeiten als Kleinigkeiten und wichtige Dinge als wichtige Dinge zu behandeln“. Das habe ich gerade mal auf die heutige Diskussion zum Thema „Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr“ übertragen. Wir wissen alle, dass Nordrhein-Westfalen das verkehrsreichste Land der Bundesrepublik ist. Und wie haben die Koalitionsfraktionen letztlich entschieden? Das Thema „Emanzipation“ ist für Rot-Grün wichtiger als das Thema „Bauen und Verkehr“; denn Bauen und Verkehr ist heute der letzte Punkt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Übrigens kann man das auch an einem anderen Thema erkennen. Im Haushalt des Jahres 2000 hatte der Bereich „Bauen und Verkehr“ ein Volumen von 3 Milliarden €. Das Volumen des heutigen Gesamthaushalts liegt zwar um 15 Milliarden € höher, aber die 3 Milliarden € sind geblieben. So wichtig ist Ihnen Bauen und Verkehr.

Gucken wir uns mal die einzelnen Bereiche an.

Wohnraumförderung: Herr Minister Groschek, wer solch verheerenden Zahlen bei der sozialen Wohnraumförderung präsentieren muss wie Sie, der freut sich sicherlich auch darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt heute so weit hinten platziert ist und quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Das ist so auch in Ordnung, denn die Zahlen vom 31. Oktober dieses Jahres belegen: Noch nie hat es in der Wohnraumförderung solch eine Bruchlandung gegeben wie in diesem Jahr.

Ich zitiere noch einmal die Zahlen. Förderhöhe 2009: 950 Millionen €, am 31. Oktober abgerufen: 66 %. Von den 1.000 Millionen im Jahr 2010 waren bis 31. Oktober 80 % abgerufen worden. Von den 800 Millionen € im Jahr 2011 waren es 51 %, von den 850 Millionen € 2012 waren es 31 %. Und in diesem Jahr? – Gigantisch! Von den 800 Millionen € in diesem Jahr sind sage und schreibe 16 % abgerufen worden.

Ich zeige Ihnen mal auf, wie die Programme in der Wohnraumförderung aussehen. Rot-Grün ist ja immer gut, wenn es um Programme geht. Die Zahl der Programme nimmt zu, die Ergebnisse gehen zurück. Wir konnten Programme und dazugehörige Ergebnisse im Jahr 2009 noch übereinanderbringen. Das ist heute sicherlich nicht mehr möglich.

Eigentlich ist das heute mit den Programmen und Ergebnissen so, wie ich das noch aus dem anderen Teil Deutschlands kenne, der heute zur Bundesrepublik dazugehört.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Dort kannte man das auch mit den Programmen und den Ergebnissen.

(Jochen Ott [SPD]: Erklären Sie uns den Sozialismus, Herr Schemmer!)

Herr Minister Groschek, es ist auch die Frage ist offen: Soll es eine weitere Erhöhung bei der Grunderwerbsteuer geben? Ich würde SPD und Grünen eher mangelnden Sparwillen unterstellen. Mit zusätzlicher Grunderwerbsteuer schafft man keinen zusätzlichen Wohnraum. Das Ganze wäre wohl – so ist es ja auch gemeint – ein Wohnungsbauschreckungsgesetz.

In dem, was Sie uns als „Wohnungspolizeigesetz“ vorgelegt haben, ersetzt Ordnungsrecht Wohnraumförderung. Das kann doch nicht die Lösung sein.

(Jochen Ott [SPD]: Dann haben Sie es immer noch nicht verstanden!)

99 % der Wohnungen in NRW sind in Ordnung. Die Wohnungen, die weniger in Ordnung sind, sind doch die, die von den Wohnungsgesellschaften des Bundes oder der Kommunen in einem schon schlechteren Zustand verkauft worden sind.

Städtebauförderung: Bei der Städtebauförderung gibt es Darlehen zur Quartiersförderung. Bis zum 31. Oktober ist hier übrigens 0,1 % oder – genau genommen – 1 ‰ abgerufen worden. Nun funktionieren Sie die Hälfte davon für die Quartiersförderung um und wollen das mit sogenannten Tilgungsnachlässen bestreiten. Tilgungsnachlässe sind für mich eigentlich Zuschüsse, aber keine Darlehen. Das bedeutet schlicht und einfach das Verbrennen des Landeswohnungsbauvermögens.

(Jochen Ott [SPD]: Unsinn!)

Das ist das, was Sie an diesem Punkt vorhaben. Ich wiederhole es: Ich habe mir nicht vorstellen können, dass Sozialdemokraten

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

mit Charakter je auf die Idee kommen, das Wohnungsbauvermögen dieses Landes zu verbrennen.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Keine Ahnung!)

Am Schluss der Rede noch einen kleinen Hinweis zur nachhaltigen Umweltpolitik von Minister Groschek. Ich zitiere ganz kurz aus dem Koalitionsvertrag:

„Wir unterstützen das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 bundesweit auf 30 Hektar pro Tag zu senken, d. h. für NRW den Flächenverbrauch mindestens auf fünf Hektar pro Tag zu senken. Dazu erstellen wir für NRW ein entsprechendes Programm ...“

Mit dem, was Sie in der sozialen Wohnraumförderung machen, Herr Minister, die Sie auf einen Tiefststand geführt haben, ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gucken Sie auf die Zeit, Herr Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): ... mit der Einführung eines Wohnungsaufsichtsgesetzes und der Erhöhung der Grunderwerbsteuer werden wir das Ziel des geringen Flächenverbrauchs bis 2014 sicher erreichen. Dann ist bis dahin eben der Groschek zum Trittin geworden. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh! – Jochen Ott [SPD]: Alaa!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Becker das Wort.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Schemmer, am Ende des Tages können Sie froh sein, dass Ihre Rede am Ende der Beratung stand.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Es wird Sie deshalb auch nicht wundern, dass ich zu einem völlig anderen Ergebnis der Haushaltsberatungen komme.

Der Haushalt für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung im Einzelplan 09 war nämlich schon bei der Einbringung ein guter Haushalt und ist durch die Anträge der Koalitionsfraktionen im Beratungsverfahren noch besser geworden.

(Beifall von der SPD)

Gleichwohl ist der Haushalt 2014 auch für uns kein Wunschkonzert. Die Schuldenbremse mit ihrer Konsequenz gilt auch hier. Auch die Bereiche Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung haben ihren Teil zur Haushaltskonsolidierung beizutragen.

Deshalb gilt das Wort unseres Ministers, nach dem die Formel insbesondere bei Haushaltsberatungen nicht mehr heißt: „Weiter so und mehr!“, sondern

„Weniger und anders!“. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich glaube, das haben Sie noch nicht begriffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist deshalb umso höher einzuschätzen, dass wir die Wohnraumförderung mit einem Volumen von insgesamt 800 Millionen € neu ausrichten konnten und jetzt fortführen können.

Um es im Ductus der CDU-Anträge zu sagen: Wir haben kein Eigentumsproblem, sondern wir haben ein Wohnraumproblem auf angespannten Wohnungsmärkten und im Bereich des studentischen Wohnens. Wir packen das ebenso an wie die notwendigen energetischen Sanierungen bei Bestandsinvestitionen.

Die Neuausrichtung gilt auch für den Denkmalschutz. Auf Ihre Anträge dazu sind Sie ja gar nicht eingegangen; Sie wissen wahrscheinlich, warum. Sie verharren auch dort beim „Weiter so!“ und „Mehr!“.

Lese ich Ihre Begründungen, so stelle ich fest, dass Sie nicht nur inhaltlich, sondern auch sprachlich stehen geblieben sind.

Wenn im Zusammenhang mit Denkmalförderung von einem Verstoß gegen die Verfassung oder vom einem Schlag ins Gesicht der Geschichte unseres Landes die Rede ist, ist das doch voll daneben und mit Zahlen aus dem Haushalt nicht zu belegen.

(Beifall von der SPD)

Wir legen Wert auf die Feststellung: Die Denkmalförderung in Nordrhein-Westfalen erfährt mit der kreditierten Förderung durch die NRW.BANK im Umfang von 60 Millionen € eine interessante Ergänzung. Die Zuschussförderung wird aber nicht vollständig ersetzt.

Mit unseren Anträgen im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir den Ansatz für Bodendenkmäler und den Ansatz für Baudenkmäler, den sogenannten kleinen Denkmalschutz für nicht rentable private und kirchliche Denkmäler, der, wie wir alle wissen, mit viel Idealismus und ehrenamtlichem Engagement erfolgt, auf jeweils 2 Millionen € erhöht, damit ein Mindestfördervolumen für die Zuschussförderung im Bereich des Denkmalschutzes erhalten bleibt.

Wenn Sie des Weiteren berücksichtigen, dass wir auch für die Baulastverpflichtung für Sonderliegenschaften und kirchliche Gebäude, im Wesentlichen Baudenkmäler, eintreten und damit für die Erhaltung des baukulturellen Erbes allein in diesem Jahr über 51 Millionen € ausgeben, dann können Sie doch nicht ernsthaft von einem Schlag ins Gesicht der Geschichte des Landes reden.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigung, Herr Kollege. Hier liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage vor. Möchten Sie sie zulassen?

Andreas Becker (SPD): Nein, möchte ich nicht.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Okay.

Andreas Becker (SPD): Wir haben im Bereich der Denkmalförderung eine sinnvolle und ausgewogene Lösung zwischen Sparnotwendigkeit und einer auskömmlichen Förderung gefunden, bei der die Zuschussförderung ein wichtiges Element bleibt. Das sehen die Betroffenen und Akteure, mit denen wir – offensichtlich im Gegensatz zu Ihnen – geredet haben, im Übrigen ähnlich.

Auch in einem weiteren Feld unseres Einzelplans sind Sie stehen geblieben und haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt: bei der Quartiersentwicklung. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden in Zeiten knapper Kassen und hohen Konsolidierungsdrucks Mittel bündeln, konzentrieren und dabei noch mehr auf die Wirkung gucken, die wir mit dem Mitteleinsatz erreichen.

Wir werden uns bemühen, für einzelne Maßnahmen im Hinblick auf das Quartier und das Wohnumfeld einen Mehrwert zu generieren. Das ist zugegebenermaßen ein langer Prozess. Und wir stehen erst am Anfang dieses Prozesses. Aber gerade deshalb sind Kürzungen an den Stellen des Haushalts, an denen wir die Quartiersentwicklung nach vorne bringen und von denen wir Impulse erwarten können, Kürzungen an völlig falscher Stelle.

Allein deshalb sind Ihre Anträge im Zusammenhang mit der Quartiersentwicklung allesamt abzulehnen.

(Beifall von der SPD)

Sie sind Ausdruck eines überkommenen Verständnisses von Stadtentwicklungspolitik, das nicht unseres ist.

Ich würde jetzt zwar gerne noch auf zwei weitere Anträge eingehen. Das kann ich aber nicht, weil meine Redezeit zu Ende ist.

Deshalb fasse ich jetzt zusammen: Das ist ein guter Haushalt der Landesregierung, der die Zeichen der Zeit erkennt und in die Zukunft weist. Die Anträge der CDU werden einer Politik in diesen Bereichen nicht gerecht und sind daher abzulehnen. Wir werden dem Haushaltsplan zustimmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Bleiben Sie bitte noch einen kleinen Augenblick bei uns, weil die CDU eine Kurzintervention durch Herrn Kollegen Schemmer angemeldet hat. – Herr Kollege Schemmer, Sie ha-

ben jetzt für 90 Sekunden das Wort. Anschließend hat Herr Becker 90 Sekunden Zeit, um zu antworten.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Becker, Sie haben gerade vorgetragen, dass die rot-grüne Koalition sich bei der Wohnraumförderung neu ausrichten konnte. Nun haben Sie zum 31. Oktober 2013 von den 800 Millionen € 16 % ausgegeben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das haben Sie doch eben schon erzählt!)

Das ist die Hälfte vom letzten Jahr, ein Drittel von 2011 und weniger als ein Viertel von den Jahren zuvor. Was erwarten Sie denn? Wie viel von den 800 Millionen € erreichen Sie denn noch über die 16 % hinaus? Und wieso ist das, was Sie gemacht haben, dann ein gutes Programm?

(Jochen Ott [SPD]: Kann er die Frage vielleicht noch einmal stellen?)

Andreas Becker (SPD): Herr Schemmer, ich kann Ihre Zahlen auf die Schnelle nicht nachvollziehen.

(Reiner Breuer [SPD]: Das kann niemand!)

Ich glaube sowieso nur der Statistik, die ich selber gefälscht habe.

Folgendes will ich Ihnen aber einmal ganz deutlich sagen: Wir haben die Wohnraumförderung neu ausgerichtet. Sie haben Eigentum gefördert, das niemand mehr brauchte, vor allen Dingen im ländlichen Bereich. Wir haben das Ganze umgestellt und die Förderung für Wohnraum in Ballungsgebieten – also dort, wo er gebraucht wird, beispielsweise für Studenten – möglich gemacht. Ich bin sicher: Wenn diese Umstellung einmal greift und wenn die Programme angelaufen sind, werden die Mittel auch viel besser abfließen, als sie bisher abgeflossen sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit Kurzintervention und Antwort auf die Kurzintervention. – Jetzt erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Becker, man lernt ja vom Kollegen Breuer, was Lobhudelei angeht. Eigentlich hätte man doch sagen müssen: Diesen vom Minister ohnehin schon hervorragend und beispielhaft eingebrachten Haushaltsentwurf

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Hans-Willi Körfges [SPD]: Geht doch!)

durfte die Fraktion an einigen wenigen Stellen veredeln. Dafür danke ich dem Minister ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Gordan Dudas [SPD]: Ausnahmeminister!)

Also lasst es so, Leute!

Meine Damen und Herren, der Minister hat zu Anfang seiner Arbeitsperiode hier deutlich gemacht, dass sein Haushalt kräftig zusammengestrichen wurde. Dafür, dass er das so deutlich zugegeben hat, gebührt ihm Anerkennung.

Andererseits bedeutet das aber auch, dass es – wie gerade wir als FDP sagen – vor dem Hintergrund der Schuldenbremse auf die Effizienz des Mitteleinsatzes ankommt. Was geben wir denn aus? Wie machen wir das? Wir als FDP haben da eine klare Antwort. Wir sagen: Wir müssen privates Kapital auch für öffentliche Aufgaben verfügbar machen. Wir müssen Anreize bieten, damit die Wohnungsproblematik durch mehr Neubau gelöst wird. Wir müssen den Wohnungsbau durch die Zurverfügungstellung von Flächen attraktiv machen, damit hier breite Schichten der Bevölkerung zu vernünftigen Preisen wohnen können.

(Beifall von der FDP)

Und was macht diese Regierung? Diese Regierung macht ein Kontraprogramm, also genau das Gegenteil:

- Mietpreisbremse: Dadurch wird keine einzige Wohnung mehr gebaut.
- Grunderwerbsteuererhöhung: Sie führt direkt zu einer Verteuerung der Mieten.
- Vermögensabgabe.
- Übertriebene Baustandards; Wünschenswertes wird als Pflichtprogramm definiert: Letztendlich bedeutet das weniger Wohnungen für die Bevölkerung.

Das ist genau das Gegenteil dessen, was wir wollen.

Aber das Ministerium präsentiert etwas ganz Wichtiges – guckt man sich die Pressemitteilungen an –: eine Spielbox zum Thema „Quartiersentwicklung“. – Eine Spielbox als Lösung der Wohnungsbauprobleme in Nordrhein-Westfalen, das kann doch wohl nicht wahr sein!

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns das Problem der Landesregierung ein klein wenig abstrahieren: Wie ist das Regierungshandeln? Es zeigt sich erstens – daran ist überhaupt keine Kritik zu üben – in der Analyse, wie die Situation aussieht, möglichst mit Schuldzuweisungen – bis gestern – nach Berlin, in jedem Fall gegen Schwarz-Gelb. Das ist die Schuldzuweisung.

Zweitens. Wie löse ich das Problem? – Einfachste Lösung: Steuererhöhungen oder Griff in die Tasche

des Betroffenen. – Das wird hier gemacht, zum Beispiel bei der Grunderwerbsteuer oder mit dem Wasserentnahmeentgelt oder womit auch immer.

Drittens. Erstaunlicherweise registriere ich Widerstand. Die Leute und die Fachwelt sagen: So kann es nicht weitergehen, zum Beispiel beim Denkmalschutz. – Darauf kommen wir gleich noch.

Dann kommt hektischer, populistischer Aktionismus. Man zieht den Griff in die Tasche des Betroffenen ein wenig zurück, fühlt sich im nächsten Schritt noch als Robin Hood der Betroffenen und sagt: Bei dem, was wir falsch gemacht haben, machen wir ein bisschen weniger. – Aber, Herr Minister, falsch bleibt falsch. Wenig falsch ist auch noch falsch. Das machen wir Ihnen zum Vorwurf, das kann nicht sein.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Was erzählen Sie da eigentlich? Der Professor doziert!)

Das ist nicht nur beim Denkmalschutz der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo Sie in gewissen Grenzen beikedreht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Prediger!)

Gestern haben wir über die Abundanz diskutiert. Diejenigen Gemeinden, die vernünftig ...

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Ja, das tut Ihnen weh, Kollege Priggen, aber es ist so. Das kann ich mir vorstellen.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das tut wirklich weh!)

Abundanz: Diejenigen Gemeinden, die vernünftig gewirtschaftet haben, die sparsam gewesen sind,

(Marc Herter [SPD]: Sie wollten doch was zum Denkmalschutz sagen!)

die auch das Tafelsilber verkauft haben, sollen diejenigen Gemeinden ...

(Jochen Ott [SPD]: Herr Ellerbrock, Sie gehören unter Denkmalschutz!)

– Ach, Junge! Die Lautstärke ist doch umgekehrt proportional zur Ihrer Intelligenz, die Sie hier darstellen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Herr Präsident, das ist unmöglich!)

Meine Damen und Herren, es geht weiter. Ich selbst komme aus Duisburg, einer Stadt, die erhebliche Probleme hat, die in den 50er-Jahren das größte Gewerbesteueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland hatte. Das muss man deutlich sagen.

(Jochen Ott [SPD]: Sie sind in den 50er-Jahren stehen geblieben!)

Wir haben dort – schade, dass der Kollege Jäger nicht da ist – Einsparvorschläge in Höhe von

700 Millionen € gemacht, die im Rat der Stadt noch nicht mal beraten werden sollten. Die durften gar nicht beraten werden, weil der Kämmerer gesagt hat: Das bringt zu wenig – 700 Millionen € –, da sind das Land und der Bund in der Verpflichtung. Das alles interessiert uns nicht.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist Kommunalpolitik!)

Das ist das System, das wir leider auch hier im Bauhaushalt feststellen müssen.

Meine Damen und Herren, die Redezeit endet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Gott sei Dank!)

Zur Wohnungsbauförderung hat der Kollege Schemmer schon Vernünftiges gesagt. Eins ist noch wichtig: Wir haben in verschiedenen Gremien gesehen, dass die Angebote über die NRW.BANK nicht angenommen werden. Auf Nachfrage ist gesagt worden – ich glaube, dass das gut gemeint war –, dass die Antragstellung relativ einfach sei. Ich bin ja nun verwaltungsauffin.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Für uns ist das relativ einfach, aber für die Leute, die es ausfüllen müssen, ist das noch zu schwierig. Da müssen wir etwas machen.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Redezeit!)

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihr Interesse und das Zuhören. Ich danke für den Applaus, den Sie mir gegeben und damit meine Argumentation bestätigt haben.

(Beifall von der FDP – Lachen von Gordan Dudas [SPD])

Schönen Dank.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. Ohne Sie förmlich zu rügen, darf ich doch sehr herzlich bitten, in Zukunft Bemerkungen zu unterlassen, die dazu angetan sind, einen anderen Abgeordneten in seiner Persönlichkeit so, wie Sie es getan haben, anzusprechen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das war eine massive Beleidigung!)

Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Holger Ellerbrock (FDP): Kollege Ott, wenn Sie sich dadurch beleidigt gefühlt haben, entschuldige ich mich dafür.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nicht „wenn Sie sich gefühlt haben“!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Obwohl das in der Geschäftsordnung so nicht vorgesehen ist, nehmen wir diese Entschuldigung, Herr Kollege Ott, direkt entgegen. – Ich erteile Frau Kollegin Schneckenburger für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Ellerbrock war wieder mal ein Erlebnis, ebenso die Rede des Kollegen Schemmer. – Herr Schemmer, Sie haben ganz richtig festgestellt: Wir debattieren die Einzelpläne am heutigen Tag nicht in ihrer Reihenfolge. Ansonsten kann ich nur sagen: Alles, was Sie zur Wohnungspolitik geäußert haben, ist eine neue Zielmarke auf der nach unten offenen Schemmer-Skala in diesem Haus.

(Beifall von den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Keine Sorge, es geht noch weiter runter!)

Ich weiß nicht, warum Sie immer und immer wieder Punkte vortragen, bei denen Sie in der Debatte längst gemerkt haben müssten, dass Sie damit weitgehend an der Realität vorbeigehen. Ihre Bemerkungen zum Wohnraumfördervermögen und dessen Abfluss zeigen, dass Sie die fachpolitische Diskussion in den vergangenen Monaten offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen haben. Es gibt durch eine Senkung des Leitzinses durch die EZB jetzt wieder eine Zinssituation in der Bundesrepublik Deutschland, die es hinsichtlich des Landeswohnungsbauvermögens, das auf die Kreditierung, auf die Bezuschussung von Krediten ausgelegt ist, nicht möglich macht, eine gewisse Zielmarke noch zu unterschreiten. – Herr Schemmer, es wäre schön, wenn Sie sich das anhören würden, Sie haben das hier so eingebracht.

(Jochen Ott [SPD]: Das kann er nicht!)

Das ist der einzige Grund, warum Kredite in Nordrhein-Westfalen nicht abfließen. Das ist auch der Grund, warum man zu Recht darüber nachdenken muss, welche Begleitmaßnahmen möglich sind, um das Kreditprogramm wieder abflussfähig zu machen. Genau das machen wir in Nordrhein-Westfalen: eine Mischung aus Kreditprogramm, aus der Wohnraumförderung einerseits und einem Tilgungszuschuss andererseits. Das ist die richtige Antwort auf eine drängende Lage in diesem Land, nämlich auf steigende Mieten in verschiedenen Wohnungsmarktregionen des Landes. Es gibt Menschen, die inzwischen gezwungen sind, bis zu 40 % ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen auszugeben. An der Stelle wollen wir handeln und das Geld nicht, wie die CDU und Sie, Herr Schemmer, in solche Regionen geben, wo dann Eigenheime gebaut werden, aber gar kein Bedarf an Wohnungen mehr besteht.

(Beifall von Achim Tüttenberg [SPD])

Das ist nämlich eine Fehlallokation von Mitteln in Nordrhein-Westfalen. Da haben wir gesagt: Das beenden wir, das wollen wir nicht mehr. Wir wollen, dass das Geld an der richtigen Stelle ankommt. Insofern setzt dieser Einzelplan die Weichen richtig. Er gibt auch die richtige Antwort auf eine dringende Handlungsnotwendigkeit in Nordrhein-Westfalen.

Das tut er auch beim Denkmalschutz. Beim Denkmalschutz haben wir als Fraktionen von SPD und Grünen noch einmal nachgearbeitet und gesagt: Wir wollen, dass der Denkmalschutz seine hohe Bedeutung in Nordrhein-Westfalen behält und dass auch die Initiativen, die in diesem Land den Denkmalschutz tragen, weiterhin eine Finanzierung erhalten. Wir kombinieren das gleichzeitig mit einem attraktiven Kreditprogramm. So ist der Denkmalschutz finanziell modern aufgestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das gilt genauso auch für den Flächenpool – ein hoch wichtiges und modernes Instrument: nicht mehr der Ankauf von Flächen ist das Mittel, sondern die Möglichkeit, durch Moderation die Städte in die Lage zu versetzen, vor Ort ihre Potenziale zu nutzen und vor Ort nachzuverdichten.

Jetzt will ich noch einige Dinge zu Punkten sagen, zu denen die CDU in diesem Haus nichts gesagt hat. Wir sorgen dafür, dass auf dem Mietwohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen Bewegung möglich ist. Wir werden auch ein Wohnungsaufsichtsgesetz, das hier eingebracht werden wird, begleiten, um dafür zu sorgen, dass es richtige und gute Wohnverhältnisse gibt.

Ich finde, Herr Schemmer, Sie hätten zwei Töne dazu sagen können, warum die CDU eine solche Kehrtwende vollzogen hat und warum sie eine zentrale Kritik, die sie an anderer Stelle vorgetragen hat, jetzt auf Bundesebene offensichtlich abräumt: nämlich zur Mietpreisbremse, Herr Schemmer.

(Jochen Ott [SPD]: Herr Schemmer, das haben Sie gut gemacht!)

Die Mietpreisbremse, die die CDU in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene geschrieben hat, zeigt, dass die Politik, die in Nordrhein-Westfalen von Rot-Grün in der Wohnungsbauförderung gemacht wird, richtig ist, und sie gibt die richtige Antwort darauf, dass es steigende Mieten in bestimmten Regionen Nordrhein-Westfalens gibt. Das räumen Sie auf Bundesebene ein, aber auf Landesebene ist das bedauerlicherweise noch nicht angekommen.

Das betrifft übrigens auch die Übernahme von Maklerkosten. Dass wir das Bestellerprinzip wollen, haben wir in diesem Haus vorgetragen. Da haben Sie gesagt: großer marktwirtschaftlicher Unsinn; es wird ein riesiges Problem sein, wenn sich das durchsetzt. – Jetzt unterschreiben Sie das auf Bundes-

ebene. Ich glaube, die Bundes-CDU ist da ein ganzes Stück schlauer als die CDU in Nordrhein-Westfalen. Das ist bedauerlich, aber wahr.

Wir haben jedenfalls einen guten Einzelhaushalt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe wohnenden Menschen am Stream! Leider haben wir für diesen Einzelplan hier nur zwei Mal fünf Minuten Redezeit. Dabei gäbe es wesentlich mehr zu sagen; es ist ja auch ein wichtiges Ressort. Ich kenne die Historie nicht. Vielleicht ist es deshalb so, weil wir überwiegend Mittel des Bundes durchleiten. Dennoch hätte man ja auch im Handeln und nicht nur im Reden Gestaltungsspielraum oder – „Spielraum“ trifft es vielleicht nicht ganz – eine Gestaltungspflicht beim Einzelplan 09.

Herr Becker, dass es weniger ist, habe ich bemerkt. Aber wo ist das anders?

„Die Definition von Wahnsinn“ – kommentierte Albert Einstein einmal – „ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse dabei zu erwarten.“

Beim sozialen Wohnungsbau wird mit derzeit mangelhaften Instrumenten versucht, ein besseres Ergebnis herbeizuführen. Auch heute hören wir, dass mit denselben Mitteln irgendwie ein besseres Ergebnis in der Zukunft erzielt werden soll. Die Objektförderung bricht an den Bedingungen des Marktes. Die Wohnungsbauförderung verzeichnet 17 % Mittelabfluss bis Ende Oktober – ein peinliches Ergebnis und ein wichtiger Indikator. Ich hoffe, Sie haben alle Herrn Schemmers Grafiktableau sehen können.

(Jochen Ott [SPD]: Da haben Sie sich ein gutes Vorbild ausgesucht! Damit kommen Sie groß heraus!)

– Herr Schemmer ist schon ein „Vorbild“.

(Lachen von der SPD)

Gleichzeitig wurde die Subjektförderung um 12 % reduziert. Da diese durch den Bund komplementiert wird, erhält diese Reduzierung die doppelte Wirkung.

Die Stadtentwicklungsprogramme und -mittel wurden zusammengestrichen, gerade bei erfolgreich laufenden Projekten wie „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“. Die Neubautätigkeit entspricht nicht der Struktur der Nachfrage. Es besteht eine Versorgungslücke im Bereich der Mehrfamilienhäuser.

Die Bestände an preisgebundenen Mietwohnungen am Wohnungsmarkt sind stark rückläufig, und zwar von über 860.000 vor zehn Jahren auf jetzt 500.000, also mit einem Abgang von rund 30.000 Wohnungen pro Jahr. Das wird sich ohne unser Zutun verstärken – wir wissen ja, wann die Wohnungen gebaut wurden –, und wir werden bald gar nichts mehr haben.

Zur Beruhigung gibt es jetzt Prospekte und PR für das Projekt „Heimat im Quartier“. Das vermittelt den Eindruck von etwas Neuem, ist aber nach eigenen Angaben die Bündelung bestehender Instrumente. Das kann und wird vielleicht die Effizienz ein wenig steigern, es kann optimieren. Bündelung ist gut; insofern ist es prima. Das gilt auch für die Spielbox. Es ist aber ein Bündelungsprogramm für schlechte Zeiten, weil sonst alles bleibt wie es ist. Deshalb sieht man davon auch im Haushalt nichts.

Das Grundproblem ist die fortschreitende soziale Segregation. Wir haben Städte wie Düsseldorf, denen geht es gut. Dort wird gebaut, dort werden Wohnungen saniert, und die Lebensqualität steigt fast genauso schnell wie die Mieten. Aber nicht jeder kann es sich leisten, dort zu wohnen, und darf dann umziehen in die zahlreichen Städtiesiedlungen, denen es nicht so gut geht. Dort werden Investitionen in die Bausubstanz als nicht rentierlich betrachtet und trotz Niedrigzinsen unterlassen. Dort sind die Mieten noch bezahlbar, aber die Lebensqualität sinkt. Wer es sich leisten kann, zieht weg, zum Beispiel nach Düsseldorf.

Das ist Gentrifizierung. An dieser Stelle ist das kein Kampfbegriff, sondern die Beschreibung einer Entwicklung. Sie führt zu dem Zustand einer segregierten Gesellschaft. Das können wir uns weder politisch noch finanziell leisten.

(Beifall von den PIRATEN – Widerspruch von Jochen Ott [SPD])

Wenn wir einerseits prosperierende Städte haben und andererseits oft in direkter Nachbarschaft schrumpfende Städte mit vielfältigen ökonomischen, demografischen und infrastrukturellen Problemen haben, dann lassen Sie uns mit geeigneten Maßnahmen für einen Ausgleich sorgen.

Ich habe ein paar Beispiele; die schenke ich mir aber wegen der Redezeit. Lassen Sie mich aber sagen: Die Mietpreisbremse im Bund ist mit den Macken, die sie hat, nicht geeignet.

Wir haben mehrere große Baustellen. Wir müssen aus den vergangenen Fehlern lernen, dem Verkauf der LEG, der Zweckentfremdung des Wohnungsbausondervermögens und der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Diese Fehler müssen korrigiert oder kompensiert werden.

Die gegenwärtigen Probleme müssen behoben werden. Wir brauchen eine Förderpolitik trotz Niedrigzinsen. Wenn die Objektförderung nicht funktio-

niert, dann muss Subjektförderung vorübergehend gestärkt, angepasst und gegen Mitnahmeeffekte geschützt werden.

In Zukunft müssen wir mit dem Demografie- und Strukturwandel umgehen, die Segregationstendenzen umkehren und den geförderten Wohnungsbau umstrukturieren. Dazu müssen wir erprobte, funktionierende Modelle reaktivieren und finden – beispielsweise die Wohnungsbaugemeinnützigkeit und Wohnungsbaugenossenschaftsmodelle, auch eine Umstrukturierung des Wohnungsbausondervermögens.

Insgesamt brauchen wir ein Zusammenwirken aller Instrumente, und zwar auch neuer, nicht nur die Bündelung und Optimierung bestehender. Wahnsinn! Weiter geht's. – Vielen Dank und bis zum Ausschuss.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Groschek das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ellerbrock,

(Holger Ellerbrock [FDP]: Hier!)

als Sie begonnen haben, habe ich gedacht: Jau, die Nachricht stimmt: Monty Python kehrt auf die Bühne zurück.

(Heiterkeit – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein inhaltlicher Hinweis: Sie haben den Markt angesprochen. Herr Bayer hat gerade zu Recht auf Marktfehler der Vergangenheit hingewiesen. Es war nicht nachhaltig marktwirtschaftlich, 92.000 LEG-Wohnungen zu privatisieren, denn das, was da als Mantel sozialverträglicher Verträge dargestellt wurde, erweist sich als sehr löchrig.

Deshalb glaube ich: Ein wenig innehalten, sozialliberal neu nachdenken und wiederkommen. Klasse dann!

(Beifall von der SPD)

Zweiter Punkt: Herr Schemmer, wir haben gerade ganz nett geplaudert über mögliche Perspektiven in der Wohnungsbaupolitik. Da hatte ich schon die Hoffnung, Sie hätten von Laschet gelernt. Denn Herr Laschet hat eine bemerkenswert kluge und überlegte Rede bei einem Forum der NRW.BANK gehalten.

(Jochen Ott [SPD]: Herr Laschet?)

– Ja, das war eine Rede, so wie sie sich jetzt in dem Entwurf des Koalitionsvertrages wiederfindet. Man

merkt: Laschet hat mitgeschrieben, Schemmer nicht.

(Heiterkeit von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ellerbrock zulassen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Absicht, LEG-Wohnungen in der von Ihnen genannten Größenordnung zu verkaufen, unter Rot-Grün geboren wurde, dann aber nicht zum Tragen kam, und Schwarz-Gelb eine Sozialcharta beim Verkauf mit vereinbaren konnte,

(Zurufe von der SPD)

die weit über das hinausging, wozu Sie hätten verkaufen wollen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Ellerbrock, ich hätte jetzt eigentlich den Hinweis erwartet, die FDP als liberale Kraft würde sich nie zum Erfüllungsgehilfen einer falschen Politik machen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das war richtige Politik!)

– Chance verpasst.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zu den inhaltlichen Schwerpunkten. Von Beginn an habe ich angesichts des Haushaltsszenarios immer darauf verwiesen, dass wir zwei Leitprojekte, zwei Schlüsselperspektiven haben. Das eine ist das Bündnis für Wohnen. Damit ist Gemeinsamkeit in der Gestaltung und Verantwortung gemeint.

Auf Landesebene schreiben wir die Eckpunkte der Wohnbauförderung nicht mehr diktatorisch im Elfenbeinturm, sondern wir schreiben sie gemeinsam mit allen Akteuren. Deshalb sind sie auch wiederholt angepasst worden.

Jetzt kommt die Finanzmarktkrise und Herr Draghi. Wenn Herr Draghi überlegt, aus dem Zinstal eine

Zinsschlucht zu machen, bei der der Anleger sogar noch mit einer Gebühr bestraft wird, wenn er einer Bank sein Geld anvertrauen will, dann ist es Zeit Danke all den Investoren zu sagen, die trotz dieser Marktsituation – man bekommt das Geld für lau nachgeschmissen – unser Geld nehmen und soziale Bindungen in Kauf nehmen.

Deshalb ist jede sozial geförderte Wohnung in Nordrhein-Westfalen eine Dankeschön-Wohnung, weil sie Ausdruck einer sozialstaatlichen Verantwortung ist. Das ist die richtige Lesart.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Über das Thema Geldverbrennen brauchen wir uns nicht mehr zu streiten, Herr Schemmer. Davon haben wir unterschiedliche Vorstellungen. Ich möchte Ihnen nur sagen: Lesen das aktuelle Papst-Wort. Das ist der richtige, zeitgemäße Umgang mit Inquisition. Inquisition ist Vergangenheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Sehr gut!)

Letzter Punkt dazu: Wir müssen gemeinsam begreifen, dass in einer Zinszeit wie heute nur eines gelingt, nämlich das Zusammenwirken von Bund, Ländern – in unserem Fall Land – und Kommunen. Ohne die Grundstücksmobilisierung der Kommunen funktioniert das nicht, nirgendwo. Deshalb mein Appell noch einmal an alle Kommunen: Grundstücke mobilisieren und 30 % sozialräumlich binden.

(Beifall von der SPD)

Appell an uns: verantwortlich handeln, einen verlässlichen Rahmen geben! Was meinen Sie, warum ich um die 800 Millionen € ringe? Nicht, weil ich glaube, dass wir in diesem Jahr 800 Millionen € sozialverantwortlich unter den von uns gemeinsam definierten Bedingungen ausgeben können, sondern wie ich allen Investoren ein Signal geben will: Wohnraumförderung ist ein verlässlicher Rahmen. Er richtet sich nicht nach Zeitgeist, sondern nach sozialer Verantwortung. Das ist der Hintergrund, nichts anderes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Bund wird, wenn es zu einem Koalitionsvertrag kommen sollte, helfen, einen vernünftigen Rahmen zu ergänzen. Da ist die Mietpreisbremse das andere. Es gilt im Land und künftig auch im Bund eines: Fühlen muss nur derjenige unser neues Ordnungsrecht, der absolut unerzogen nicht hören will. Da bin ich anderer Meinung als manche Reformpädagogen. Manchmal tut der Klapps auf den Hinterkopf eben doch not. Anders checken das oft viele nicht.

(Unruhe)

Letzter Punkt: ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. – Es

gibt einen weiteren Wunsch, Ihnen eine Frage zu stellen, und zwar vonseiten des Kollegen Bayer.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Gut.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Bayer, legen Sie los!

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Vielen Dank, Herr Minister! Sie sind schon weitergegangen. Zur Grundstücksmobilisierung der Kommunen: Betrifft das nur Grundstücke, die den Kommunen gehören, oder auch Bemühungen für andere Grundstücke in den Städten, die seit Längerem brachliegen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Das betrifft natürlich auch selbstverpflichtend das Land. Deshalb ist das Land stolz darauf, seinen BLB auf Kurs gekriegt zu haben.

(Beifall von der SPD)

Der BLB fährt sozialen Kurs – klare Kante, für sozialstaatliche Verantwortung!

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Da will er erst einmal hinkommen!)

Keine Frage, Herr Bayer.

Jetzt kommen wir noch zu dem Punkt BlmA; denn das gehört dazu. Auch der Bund trägt diese Verantwortung. Deshalb bin ich froh, dass es uns – Lachet und mir – an dieser Stelle gelungen ist, zu sagen: Die BlmA muss sozialverantwortlicher handeln und den Kommunen helfen, für den Wohnungsbau geeignete Grundstücke schneller und kostengünstiger zu mobilisieren; denn die schwarz-gelben Blockadezeiten sind vorbei. Eine neue Bundesregierung wird an dieser Stelle Tür und Tor öffnen, damit sozialer Wohnungsbau mobilisiert wird.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Jetzt hätte ich gern noch über die zweite Säule gesprochen. Das gelingt mir aber nur, wenn einer noch fragt. Ansonsten muss ich jetzt gehen.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich „Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung“ des Einzelplans 09 liegen mir nicht vor. Wir kommen damit direkt zur Beratung des

**Teilbereich
Verkehr**

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Vossemer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Vossemer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister Groschek und sein Vorgänger haben sich dieses Zitat des französischen Automanagers Daniel Goeudevert sehr zu Herzen genommen. Die irrierte Annahme war allerdings leider: keine neuen Straßen, keine Verkehrszunahme. – Wohl deswegen hat Rot-Grün das Landesstraßennetz vernachlässigt.

Richtig ist aber: Wer keine Straßen sät, wird dennoch Staus ernten. Im letzten Jahr gab es 60.000 Staus in Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtlänge betrug ca. 135.000 km. Die Staustunden in Nordrhein-Westfalen des Jahres 2012 werden auf 53.000 beziffert.

Die rot-grüne Landesregierung hat am Straßenbau gespart, aber ansonsten mit Geld nur so um sich geworfen. So wurden in den letzten drei Jahren über 10 Millionen € neue Schulden gemacht, und dennoch wurde der Ausbau der Infrastruktur sträflich vernachlässigt. Trotz zunehmenden Verkehrs wurden die Mittel für den Landesstraßenbau und -erhalt gekürzt. Der Haushalt des grünen Umweltministers – wir sprachen eben darüber – ist demgegenüber seit 2010 um satte 23 % gestiegen.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch das Problem!)

Dass die Verkehrswege Lebensadern für Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälische Wirtschaft sind, ist anscheinend nicht bekannt. Die Ausgabenlast des Landeshaushalts ist von 2009 bis 2013 um fast 10 % gewachsen. In demselben Zeitraum sind die Ausgaben für den Landesstraßenbau in Nordrhein-Westfalen um 14 % gesunken.

Meine Damen und Herren, statt Geld in Investitionen zu stecken, hält Rot-Grün immer noch am Sozialticket fest: 30 Millionen € Ausgaben in den Konsum statt in die Investition. Wir haben für den vorliegenden Etat Einsparungsvorschläge in Höhe von 50 Millionen € gemacht. Diese haben wir in 16 einzelnen Änderungsanträgen auch hinterlegt. In einem davon stehen die 30 Millionen € für das Sozialticket. Stattdessen wollen wir 10 Millionen € für den Denkmalschutz. Weitere 20 Millionen € wollen wir in den Landesstraßenbau geben. 20 Millionen € wollen wir einsparen.

Rot-Grün hat uns in der vergangenen Ausschusssitzung 2 Millionen € als zusätzliche Investition für den Landesstraßenbau vorgeschlagen. Das war völlig inakzeptabel. Deshalb haben wir nicht zuge-

stimmt. Man braucht nicht jeden Knochen zu nehmen, der einem hingeworfen wird.

Meine Damen und Herren, Verkehrsadern sind aber nicht nur Straßen. Zur notwendigen Infrastruktur Deutschlands – und Nordrhein-Westfalens – gehören Häfen, Wasserstraßen, Schienen, Straßen und Flughäfen. Alle Verkehrsträger müssen ineinander greifen, und sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Darum geht es auch bei der Seeverkehrsprognose 2030. Die Skepsis, die in dem heute offensichtlich noch mit zu beratenden FDP-Antrag geäußert wird, ist zwar berechtigt; allerdings geht dieser Antrag meiner Ansicht nach über eine gesunde Skepsis hinaus. In dem Antrag werden außerdem Forderungen aufgestellt, die wir, die CDU, heute für verfrüht halten.

In der Seeverkehrsprognose steht, dass die Umschläge deutscher Seehäfen bis zum Jahr 2030 deutlich zulegen werden. Weiter heißt es: Der Ausbau der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandverkehrsverbindungen der deutschen Seehäfen bleibt daher eine wichtige Aufgabe von nationaler Bedeutung.

Hiermit verbunden sind auch zwei wesentliche Bahnprojekte, die in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen angepackt werden müssen: als Erstes der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Münster – Lünen als Teil der Nord-Süd-Verbindung Dortmund – Hamburg. Hamburg ist schließlich ein Seehafen. Der eingleisige Streckenabschnitt Münster – Lünen ist, so ein Bahnexperte, ein Anachronismus im deutschen Bahnnetz.

Es wird seit 1913 darüber diskutiert, die Strecke zweigleisig auszubauen. Man hat es bis heute nicht geschafft. Das war also schon ein Thema, als noch Kaiser Wilhelm II. in Deutschland regierte. Dem war der Ausbau der deutschen Flotte leider allerdings wichtiger als der Ausbau des deutschen Schienennetzes. Kein anderer vergleichbar belasteter Schienenweg in Deutschland ist immer noch eingleisig.

Ein anderes wesentliches Bahnprojekt ist der Ausbau der Betuwe-Linie, die die Häfen Amsterdam und Rotterdam mit dem Ruhrgebiet verbindet. Auch hier ist die Landesregierung bei der Umsetzung am Zuge.

Ich komme zum Straßenbau zurück. Die Landesregierung hat vor zwei Monaten eine Liste mit NRW-Straßenbauprojekten im Wert von rund 21 Milliarden € an das Bundesverkehrsministerium gesandt. Das war gigantisch. Zum Vergleich: Der Gesamtetat des Bundesverkehrsministeriums betrug 2012 rund 26 Milliarden €. Insgesamt sind es 278 Projekte, davon 72 neue und 206 schon im bisherigen Bundesverkehrswegeplan aufgeführte.

Herr Minister Groschek, wir warten allerdings nach wie vor beharrlich auf die Beantwortung unserer

Frage: Was ist mit den restlichen von den Regionalräten gemeldeten Straßenbauprojekten? Wie ist die Bewertung des Landes? – Vielleicht können wir da unsere Kommunikation verbessern.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Am Ende meiner Rede muss ich Sie, Herr Minister Groschek, auch noch loben.

(Zuruf von Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Oh!)

Sie haben kürzlich betont, dass der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen einen 24-Stunden-Frachtflughafen hat und ihn auch weiterhin benötigt. Herr Minister Groschek, da sind wir durchaus einer Meinung. Hier gilt es, gemeinsam den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken.

(Jochen Ott [SPD]: Sieht das die CDU auch so?)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Achten Sie bitte auf die Zeit, Herr Kollege.

Klaus Vossemer (CDU): Herr Kollege Ott, da Ihr Minister offensichtlich ein Fan von Monty Python ist, darf ich zum Schluss sagen: Always look on the bright side of life! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Vossemer. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Breuer.

Reiner Breuer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vossemer, den Verkehrsausschuss des Kreises Euskirchen können Sie vielleicht damit beeindrucken, aber so toll war das nicht, was Sie hier abgeliefert haben.

Wir müssen uns doch den Herausforderungen stellen, die doch viel größer sind. Wir haben in der Tat gleichzeitig auf die Schuldenbremse zu treten und die Mobilität der Menschen hier zu sichern. Deswegen konzentrieren wir uns ja auch darauf, unsere vorhandene Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und zu optimieren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schemmer zulassen?

(Zuruf von der SPD: Er hat doch noch gar nichts gesagt!)

Reiner Breuer (SPD): Ich würde gern erst einmal fortfahren. Vielleicht lassen Sie dann auch erst einmal wirken, was ich dann noch gesagt habe.

Denn wir nutzen nämlich unsere Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, um die Mobilität insgesamt nachhaltig zu gestalten und stärker bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.

Wir wollen und müssen die Verkehre stärker von der Straße auf die Schiene und auch auf die Wasserstraßen bekommen. Deswegen sind wir dabei, die herausragenden drei Verkehrsinfrastrukturprojekte, den Eisernen Rhein, den Rhein-Ruhr-Express und natürlich die Betuwe-Linie, anzupacken und gemeinsam mit dem Bund voranzubringen. Mit der Finanzierungsvereinbarung, die der Verkehrsminister im Bund erkämpft hat, haben wir auch gute Perspektiven, dies zu erreichen.

Wir haben mit der Betuwe-Linie die Perspektive, dass wir die großen Herausforderungen, die im Güter- und Containerverkehr insbesondere durch die Seehäfen Rotterdam und Antwerpen auf uns zukommen, etwas besser bewältigen können. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, dass die Seeverkehrsprognose der Bundesregierung, die ja Gegenstand des FDP-Antrages ist, den wir hier mitberaten, auch die transnationalen Seehafen-Hinterland-Verkehre berücksichtigen und realistisch in den Blick nehmen muss. Daran fehlt es zurzeit. Deswegen werden wir darüber im Ausschuss weiter diskutieren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, jetzt hat sich der Kollege Vossemer zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Reiner Breuer (SPD): Bitte schön, Herr Vossemer.

Klaus Vossemer (CDU): Schönen Dank, Herr Kollege Breuer, dass Sie mir diese Zwischenfrage zulassen.

Würden Sie denn zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzierungsvoraussetzungen und die Abstimmungen mit der Bahn AG zur Betuwe-Linie bereits 2010 auf dem Bahngipfel von der schwarz-gelben Landesregierung und von Verkehrsminister Lutz Lienenkämper geschaffen worden sind?

Reiner Breuer (SPD): Das will ich gerne zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Vossemer. Den Grundstein mögen Sie mit gelegt haben, aber den richtigen Drive hat unser Minister in diesem Jahr da hingebracht. Das müssen Sie ganz klar zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD)

Wir werden den Schwung, wenn wir die Möglichkeiten haben, auch auf Bundesebene aufnehmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch Schwung in den Rhein-Ruhr-Express kriegen. Das ist ein zweites wesentliches Projekt, mit dem wir Millionen von Pendlern eine Perspektive geben wollen, schneller und komfortabler durch die Metropolregion an Rhein und Ruhr zu kommen. Deswegen ist es uns auch ernst, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs weiter voranzutreiben. Das ist eine zentrale Aufgabe, der wir uns weiter stellen wollen.

Daher ist es auch blanker Unsinn, wenn gesagt wird, wir würden im Bereich des ÖPNV einsparen. Das stimmt einfach nicht. Auch im nächsten Jahr stehen für den öffentlichen Personennahverkehr 1,5 Milliarden € bereit. Das ist ein Rekordhoch.

Wir werden auch am Sozialticket festhalten und nicht, wie Sie es erneut fordern, dem Sozialticket einen Todesstoß versetzen. Wir halten an der Förderung fest und stellen im Jahr 2014 unverändert 30 Millionen € dafür bereit.

Für die Sicherung nachhaltiger Mobilität ist es aber ebenso zwingend, dass wir unsere vorhandene Verkehrsinfrastruktur in Schuss halten und die enorme Grundlast, die diesbezüglich zu bewältigen ist, besser ausgestalten.

Der Weckruf, der uns durch die Teilspernung der Leverkusener Brücke im letzten Jahr wachgerüttelt hat, ist ja bei allen angekommen, auch bei Wirtschaft und Gewerkschaften, die alarmiert sind, dass das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolges, unseres Wohlstandes, angeknackst ist.

Deswegen ist es ja richtig, dass wir in Deutschland reparieren, wie es unser Verkehrsminister propagiert und wofür er auf vielen Ebenen auch schon Verbündete gefunden hat.

Wir müssen aber auch den Gesamtbedarf für den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur sehen und deswegen eine klare Prioritätensetzung vornehmen. Die haben wir erbracht.

(Beifall von der SPD)

Die Opposition machte sich hier einen schlanken Fuß. Wir machen das aber. Wir haben beim Erhalt der Maßnahmen draufgesattelt und beim Neubau eine vertretbare Größenordnung gefunden, die wir fortsetzen wollen. Es findet also kein Stillstand im Straßenbau statt, im Gegenteil, wir setzen das zielgerichtet fort.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rasche zulassen?

Reiner Breuer (SPD): Nein, ich setze meine Rede jetzt fort.

Wir müssen uns nämlich vergegenwärtigen, dass wir zur dauerhaften Finanzierung – Herr Laschet ist

darin vielleicht auch beteiligt – den Bund brauchen. Wir müssen eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung erreichen. Deswegen haben wir alle mit Spannung auf die Entwicklung im Bund in den letzten Tagen gesehen. Wir sind zuversichtlich, dass es mehr Geld für eine stärker am Bedarf ausgerichtete Finanzierung der Infrastruktur gibt.

Es dürfen aber auch Zweifel daran angemeldet werden, ob es tatsächlich möglich sein wird, eine Pkw-Maut für Ausländer, also eine Vignette für Autos mit Migrationshintergrund, europarechtskonform und ohne Mehrbelastung der deutschen Steuerzahler einzuführen. Es könnte durchaus sein, dass eine Prüfung dieser verkehrspolitischen Irrfahrt der CSU in einer Sackgasse in Brüssel endet. Das wäre vielleicht auch ganz gut so. So bleibt es bei uns, wie wir es auch im Landtag beschlossen haben, dass es uns wichtiger ist, die Lkw-Maut auszuweiten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Wir werden unsere Verkehrspolitik verlässlich fortsetzen. Wir tragen den Etat des Ministers und unserer Landesregierung mit. Wir bitten auch um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Breuer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst eine Vorbemerkung: Wir reden jetzt eine halbe Stunde über den gesamten großen Bereich Verkehr in Nordrhein-Westfalen und haben gerade eben drei Stunden über den gesamten Bereich Umwelt gesprochen. Meine Damen und Herren – das richtet sich an die Verkehrspolitiker in besonderem Maße -, diese Relation passt nicht. Das müssen wir im nächsten Jahr verändern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zunächst komme ich zu unserem Antrag „Seeverkehrsprognose 2030“, eine Prognose, die ganz direkte Auswirkungen auf den Bundesverkehrswegeplan 2015 und darauf haben wird, ob wir demnächst Hafenhinterlandverkehre in Nordrhein-Westfalen – auch grenzüberschreitend – auf Straße und Schiene realisieren können oder nicht. Diese Seehafenverkehrsprognose wurde offensichtlich, wie andere Vorgänge in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auch, sehr von der Lobby der norddeutschen Küstenländer beeinflusst.

Und so wurden vergleichbare Rahmenbedingungen unterschiedlich bewertet. Zum Beispiel wurde bei den Küstenhäfen Deutschlands angenommen, dass die Elb- bzw. die Weservertiefung schon realisiert ist. Sie sind beide noch nicht einmal genehmigt. Aber darauf aufbauend hat man festgelegt, welche

Verkehre dort demnächst und in den nächsten Jahren fahren werden.

Auf der anderen Seite hat man in Rotterdam beispielsweise die gesamte Maasebene 2 nicht berücksichtigt, ein neuer Hafen in einer Länge von 40 km, der jetzt schon fertiggestellt ist, der nicht erst noch geplant werden muss, wo jetzt schon Verkehre erzeugt werden. Diese Maasebene 2 hat man bei diesem Plan völlig ignoriert. Das führt natürlich unterm Strich zu verkehrten Zahlen. Die Häfen an den deutschen Küsten werden überbewertet, und die Häfen, die gerade Nordrhein-Westfalen, das wirtschaftliche Herz Deutschlands betreffen, werden unterbewertet.

Deshalb sind dieses Hohe Haus und das Ministerium aufgerufen, sich dem sachlich und fachlich entgegenzustellen, um möglichst schnell für klare Fakten und ehrliche Zahlen zu sorgen, damit wir am Ende im Bundesverkehrswegeplan so abschneiden, wie es uns auch zusteht.

(Beifall von der FDP)

Zum Haushalt, meine Damen und Herren – fünf Minuten Redezeit sind nicht viel –: Das, was uns verkehrsmäßig in den nächsten Jahren vor allem belasten wird, ist ein rasant ansteigender Güterverkehr, möglichst viel auf der Schiene, möglichst viel auf dem Wasser. Aber trotzdem wird der Güterverkehr auf der Straße erheblich steigen. Da müssen wir uns überlegen: Wie gehen wir mit dem Problem als Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen mit den zahlreichen Arbeitsplätzen um? Der Bund hat gesagt: Wir müssen sowohl in Erneuerung als auch in Sanierung Geld investieren. Herr Kollege Breuer, sogar die Leverkusener Brücke, die durch weitere Spuren verbreitert werden soll, für die ein völlig neues Verkehrsgutachten erstellt werden muss, wird aus Neubaumitteln finanziert, nicht aus Sanierungsmitteln. Deswegen darf man das nicht verwechseln. Daher sind Neubaumitteln für Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene wichtig.

Aus diesem Grund hat man auf Bundesebene jetzt festgelegt, dass die Mittel erheblich erhöht werden.

Die gleichen Probleme, die wir bei den Bundesfernstraßen bundesweit und in Nordrhein-Westfalen haben, haben wir auch bei den Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen. Das ist doch genau das Gleiche. Auch die Brücken auf nordrhein-westfälischen Landesstraßen sind sanierungsbedürftig. Doch im Gegensatz zum Bund, wo die Mittel deutlich erhöht werden, werden sie in Nordrhein-Westfalen erheblich reduziert: insgesamt bei Landesstraßen, normalen Baumaßnahmen um 15 % und bei den Maßnahmen unter 3 Millionen € sogar um 40 %. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen und unterschiedlich gehandelt, immer jeweils von der SPD auf Bundesebene und auf Landesebene.

Es ist ja nicht so, als wenn wir kein Geld hätten. Sie geben mal eben 30 Millionen € für ein Sozialticket

aus, das wir uns so gar nicht leisten können. Und Sie versprechen, ohne dass Sie es im Haushaltsplan konkretisiert haben, 200 Millionen € für Radwege. Meine Damen und Herren, damit bekommen wir die Verkehrsprobleme in Nordrhein-Westfalen nicht gelöst.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Zudem gibt es noch andere Aufgaben, die das Ministerium dringend erledigen muss. Zwei Stichworte: Luftverkehrskonzept und Hafenkonzert. Beides ist ganz wichtig für den Verkehrsknotenpunkt Nordrhein-Westfalen. Der Minister hat gerade vor guter Laune nur so gesprüht. Ich weiß nicht, woran es liegt. Jetzt hat er ja wieder Zeit, diese Aufgaben zu erfüllen, nachdem er einige Wochen in Berlin verbleiben musste. Ich traue ihm zu, dass da etwas passiert. In den zwei Jahren vor seiner Zeit, also zwischen 2010 und 2012, ist in diesem Bereich leider überhaupt nichts passiert. – Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute eine verbundene Debatte bei diesem Punkt. Wir sprechen auf der einen Seite über den Haushalt und auf der anderen Seite auch über den Seehäfen-Antrag der FDP.

Ich möchte zunächst einige Sätze zum Haushalt sagen. Der Haushalt im Verkehrsbereich zeigt auf jeden Fall Kontinuität der letzten Jahre in diesem Bereich. Wir haben die ÖPNV-Pauschale als auch die Straßenbaumittel konstant gehalten. Das sind erhebliche Summen, die wir dort eingestellt haben. Es sichert den ÖPNV sowohl im urbanen Raum, in den urbanen Zentren als auch in den ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen.

Im Bereich der Straßensanierung haben wir weiterhin 90 Millionen € vorgesehen. Da haben wir einen entscheidenden Schwenk vorgenommen – jedenfalls im Vergleich zu der schwarz-gelben Regierungszeit –, indem wir ganz klar die Sanierung priorisiert haben. Im neuen Koalitionsvertrag von CDU und SPD finden wir die klare Aussage, dass Sanierung und Erhalt Priorität haben müssen und nicht Neubau. Damit haben wir vor drei Jahren hier in Nordrhein-Westfalen längst begonnen; insofern haben wir bereits die Prioritäten verschoben. Wenn ich jetzt von Herrn Rasche höre, dass wir zukünftig 200 Millionen € für Straßenbau ausgeben werden, dann möchte man als Grüner fast jubilierend aufspringen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich möchte jetzt keine Zwischenfrage zulassen. Wir müssen jetzt hier vorankommen, weil wir ja das Plenum heute zeitnah beenden wollen. Deswegen möchte ich jetzt keine Zwischenfrage zulassen, sondern weiter ausführen.

Wir haben in diesem Haushalt knapp 10 Millionen € für den Radwegebau vorgesehen. Das ist ein ordentlicher Betrag. Wenn man das aber einmal ganz real vergleicht, sozusagen das, was im Haushalt für den Straßenbau ausgegeben wird, und das, was für den Radwegebau ausgegeben wird, dann sind das knapp 10 %. Da stimmen zwar aus Ihrer Sicht die Proportionen, als Grüner möchte man da aber deutlich mehr investieren. Aber so sehr es mich freuen würde, wenn der Radwegebau jetzt so sehr im Zentrum stehen würde, muss ich leider doch feststellen, dass wir da leider noch nicht angekommen sind. Deswegen könnten Sie da den Radau ein bisschen herunterfahren.

Zur Frage der Straßensanierung und zu dem, was eben auch sowohl von Herrn Voussem als auch von Herrn Kollegen Rasche angesprochen wurde, dass wir jetzt die großen Milliardenpakete in Berlin zu erwarten haben. Ich habe mir den Koalitionsvertrag und die Papiere einmal durchgesehen. Da gibt es entsprechende Aussagen, dass man den Mittelantrag erhöhen will, was ja dringend notwendig ist. Es liegt aber deutlich unter dem, was die Kommissionen, also die Daehre-Kommission und die Bodewig-Kommission, errechnet haben. Das waren nämlich über 7 Milliarden €. Ich lese hier jetzt etwas zwischen 4 und 5 Milliarden €.

Mir ist ehrlich gesagt noch unklar – aber vielleicht können wir das in der Debatte heute hier erhellen –, wo denn die Mittel herkommen sollen. Denn erstens wird es keine Steuererhöhungen geben – so haben wir es gelernt – und zweitens möchte man die Lkw-Maut nicht entsprechend ausweiten. Und wenn man eine Pkw-Maut für ausländische Fahrerinnen und Fahrer einführen will, dann wird das einen Betrag von etwa 250 bis 300 Millionen € in die Kasse bringen. Wo dieser große Betrag herkommen soll, der demnächst verwandt werden soll, ist mir ehrlich gesagt noch nicht klar.

Da hat der Minister eben gesagt: Tür und Tor sind geöffnet. – Wenn das so ist, ist das sicherlich für die Straßensanierung sehr gut. Aber ich habe das, ehrlich gesagt, aus den Papieren noch nicht herausgelesen.

Am Ende meiner Rede jetzt zum FDP-Antrag zu den Seehäfen: Das ist eine richtige Initiative.

(Zustimmung von Holger Ellerbrock [FDP])

Ich finde sie durchaus wertvoll. Wir thematisieren nicht zum ersten Mal, dass in Berlin immer die norddeutschen Häfen im Mittelpunkt stehen. Man

muss das aus unserer Sicht dringend in einer europäischen Initiative denken. Wir reden von Güterverkehr und von Wirtschaftsräumen. Da kann man das nicht so kleinteilig anlegen, dass man nur die Seehäfen im norddeutschen Raum aus deutscher Sicht für relevant hält. Für den Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen sind die ZARA-Häfen die Seehäfen, und die Hinterlandverkehre müssen entsprechend organisiert werden.

Man hätte da schon längst etwas machen können. Es gibt deutliche Defizite. Aber wenn wir das im neuen Bundesverkehrswegeplan für die nächsten 15 Jahre so festschreiben, wie es im Entwurf vorgesehen ist, wird sich in diesem Bereich noch weniger tun, als es bisher der Fall war. Deshalb ist die Initiative der FDP sinnvoll.

Alle Fraktionen sollten das machen, was die norddeutschen Länder in Bezug auf ihre Seehäfen in Berlin seit Jahren tun: Man sollte zusammen lobbyieren und sich dabei keinen parteipolitischen Keil hineintreiben lassen. Wir sollten bei unseren Finanz- und Verkehrspolitikern in Berlin klar haben, dass die Hinterlandverkehre vernünftig organisiert werden müssen und dass die ZARA-Häfen für uns die relevanten Häfen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn der Antrag der FDP ein Aufschlag in diese Richtung ist, können wir das vonseiten der Landeskoalition entsprechend unterstützen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Christof Rasche [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die Fraktion der Piraten spricht nun der Abgeordnete Fricke.

Stefan Fricke (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Wie gut, dass es gerade nur um Verkehr und nicht um das Urheberrecht geht. Denn was die Landesregierung im vorliegenden Haushaltsentwurf an Ideen-Copy-and-Paste betrieben hat, würde mancher einschlägigen Anwaltskanzlei das Wasser und blinkende Euro-Zeichen in die Augen treiben.

Wir sprechen von der Verkehrswende. Die Landesregierung hat die Verkehrswende für sich entdeckt und sich bei den Piraten ausgiebigst bedient.

(Heiterkeit von Dr. Joachim Paul [PIRATEN] – Lachen von Jochen Ott [SPD])

Das wäre uns recht, wenn es sich nicht auf schöne Worte beschränken würde. Dem von Minister Groschek so oft bemühten „Nicht weiter so“ und dem Erhalt vom Neubau würden wir uns nur zu gern anschließen.

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Real ist davon nichts festzustellen, denn im Haushalt sehen wir keine politische Bereitschaft, wirklich Neues zu wagen. Der eine oder andere eingesparte Straßenneubau ist schließlich Kosmetik, übertüncht aber immer noch bis auf Ausnahmen weitestgehend die fehlende Einsicht, dass Infrastrukturen gepflegt und erhalten werden müssen und dass dafür Geld vorzusehen ist. Aber wenn das Sparen von Ausgaben nicht mit dem Aufzeigen von Alternativen für eine mobile Gesellschaft einhergeht, hat das nichts mit einer glaubwürdigen Verkehrswende zu tun, sondern folgt allein – noch dazu ohne Überzeugung – dem Zwang, vernünftig zu wirtschaften.

Zu einer Verkehrswende gehört nicht nur die halberzige Kürzung von Haushaltstiteln für den Straßenverkehr im Allgemeinen und den Autoverkehr im Besonderen, sondern auch das Bereitstellen von Mitteln für die Entwicklung von langfristig tragfähigen Alternativen.

Natürlich warten wir alle sehnsüchtig auf den RRX. Natürlich warten wir alle ungeduldig auf den Eisernen Rhein oder die Betuwe-Line. Aber bis wir hierbei auf Vollzug hoffen können, vergehen noch Jahre oder Jahrzehnte.

Mobilität im urbanen Bereich ist heute und morgen wichtig. Sie definiert sich – daran kann es keinen Zweifel mehr geben – nicht länger am motorisierten Individualverkehr. Abseits der Ballungsgebiete sieht es noch ganz anders aus. Hier steht die Politik und damit die Landesregierung vor einer Herausforderung, die in Dimension und Gewicht alles andere weithin überragt.

Bei den Problemen, die wir mit der CO₂-Belastung und Lärm in den Städten haben, dürfen wir nicht vergessen, dass es auch in unserem Bundesland noch viele Gebiete gibt, die ÖPNV-mäßig schlecht erschlossen sind. Wenn diese Erschließung vollzogen und das „platte Land“ genauso in den ÖPNV eingebunden ist wie unsere urbanen Bereiche, dann erst sollte sich die Landesregierung erlauben, von einer Verkehrswende zu sprechen.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf verzichtet die Landesregierung darauf, den ÖPNV und den nicht motorisierten Individualverkehr substantiell zu befördern. Nur ein bisschen Radwegeausbau ist möglich, aber auch hierbei ist der große Wurf längst nicht mehr erkennbar. Ich habe bisher nicht gehört, dass nachhaltige Mobilität bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin oder im Selbstverständnis der Landesregierung eine irgendwie bemerkenswerte Bedeutung hat.

Wo ist die Betonung, dass ohne öffentlichen Verkehr keine nachhaltige Mobilität zu erreichen ist? Wo ist der Hinweis auf die wirtschaftlich herausragende Bedeutung eines funktionierenden ÖPNV in Ballungsgebieten? Wer thematisiert die Notwendigkeit, Mobilität auch in den ländlichen Räumen si-

cherzustellen, ohne die Menschen faktisch dazu zu zwingen, ein Auto anzuschaffen und zu unterhalten? – Das ist ein finanzieller Kraftakt, der keineswegs mehr allen Menschen ohne Weiteres gelingt.

Ich höre auch nichts von der Landesregierung, und ich lese nichts im Haushaltsentwurf zur großen Frage der dauerhaften Sicherstellung des öffentlichen Verkehrswesens in finanzschwachen Kommunen. Dabei erleben wir immer mehr, was es für die Städte zum Beispiel im Ruhrgebiet heißt, eine in die Jahre gekommene Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und zu entwickeln. In Mülheim wollte man vor einem halben Jahr gänzlich aus dem schienengebundenen öffentlichen Verkehr aussteigen. In Essen ist der Kämmerer mit demselben Vorschlag in die Debatte über substanzielle Sparmaßnahmen gegangen. In Oberhausen und Duisburg wird längst, wenn auch eher im Stillen, ein Rückbau des ÖPNV betrieben.

Zum Schluss noch einige Worte an die Kollegen der FDP zur Seeschiffahrtsprognose: Auch Sie betreiben Copy und Paste. Sie haben nämlich die Idee von uns Piraten übernommen, dass aus Steuermitteln finanzierte Daten und Gutachten demjenigen, der sie finanziert, nämlich dem Steuerzahler, zur Verfügung zu stellen und zu veröffentlichen sind. Das begrüßen wir.

Alles Weitere hierfür machen wir dann im Ausschuss. Den Einzelplan 09 lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Robert Stein [fraktionslos])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Fricke. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben im Moment ein neues Zeitfenster. Auf allen politischen Ebenen ist nach meinem Eindruck begriffen worden, dass man auf Schlaglochpisten und gesperrten Brücken keine Bildungsrepublik Deutschland aufbauen kann. Deshalb gilt bei der Geldverteilung der Grundsatz „Bildung und Beton“ und nicht mehr „Bildung statt Beton“.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein gemeinsamer Fortschritt.

(Zuruf von der SPD: Aber wir sollten mit Bildung anfangen!)

Jetzt komme ich zu den Milliardenausgaben, die uns dieser noch zu bewertende Vertragsentwurf beschert. 5 Milliarden € plus vier Jahre aus Bundesmitteln, Erweiterung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen, Reinvestition des gesamten Bahngewinn. – Hinzu kommt das Bekenntnis, der integrier-

te Konzern Bahn bleibt bestehen. Wir haben eine gleichberechtigte und bedarfsorientierte Perspektive für Straße, Schiene und Wasserstraße. Die Mittel werden im Verhältnis 80:20 zwischen dem Bestands- und Bedarfsnetz sowie dem Ausbau aufgeteilt, also genau so, wie wir es immer praktiziert haben. Das wurde in Berlin diskreditiert. Nun soll es in Berlin im Grunde genommen Generallinie für die Verkehrspolitik einer neuen Regierung werden.

Es ist bemerkenswert, welche Veränderungen stattgefunden haben. Wir haben es in Nordrhein-Westfalen im Grunde genommen vorgeprägt wie kein zweites Land.

Ja, es gibt einen Neuanfang. Die Radschnellwege sind Innovation. Sie sind eben nicht als Spinnerei und Liebhaberei einer kleinen Clique zu diskreditieren.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Die Radschnellwege sind innovativ, weil sie neue Chancen auch für Berufspendlerverkehre eröffnen.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Sie bringen das Pedelec in eine Perspektive, wo das Elektromobil – BMW hin oder her – noch lange nicht sein wird.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schemmer zulassen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja.

(Jochen Ott [SPD]: Bildungsrepublik Deutschland!)

Herr Schemmer, bitte.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister, Sie haben gerade zu Recht dargestellt, wie wichtig der Erhalt von Straßen und sonstiger Infrastruktur ist. Im Haushalt des Jahres 2009 waren 70 Millionen € für Neubau- und 80 Millionen € für Erhaltungsmaßnahmen, also 150 Millionen € insgesamt vorgesehen. Mit den inzwischen geänderten 90 Millionen € plus 42 Millionen € für den Neubau stehen insgesamt 132 Millionen € zur Verfügung, also 18 Millionen € weniger als im Jahr 2009. Sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass die Infrastruktur bei dieser Landesregierung damit deutlich an Bedeutung verloren hat?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Nein, Herr Schemmer. Das ist eine völlig verkehrte Sichtweise. Das Gegenteil ist richtig, weil Sie die kommunale Ebene vergessen haben. Sie hat nämlich zum Ertüchtigen ihrer kommunalen Infrastruktur inzwischen 1,8 Mil-

liarden € mehr bekommen, die Sie ihnen weggenommen hatten. Das ist eine stolze Leistung, die der Infrastruktur zugutekommt.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Man muss immer bei Haushaltsklarheit und -wahrheit bleiben. Herr Kollege Schemmer, Balkendiagramme sind manchmal ein schwer zu handelndes Brett, welches manchmal an einem falschen Körperteil landet.

Wir sollten noch einmal auf Herrn Rasche und seine Seehäfen eingehen. Auch an dieser Stelle müssen wir ein neues Kapitel aufschlagen.

(Unruhe)

Das gemeinsame Ringen darum, deutlich zu machen, dass wir uns keine nord- und ostdeutsche Bevormundung mehr gefallen lassen, hat Früchte getragen. Die Signale, die wir beim Kampf auf private Finanzierungsmodelle Eiserner Rhein gegeben haben, und die Signale, die wir jetzt gegeben haben, um mit Betuwe ernst zu machen, sind angekommen. Ich freue mich, dass die Länderverkehrsminister aus Nord- und Ostdeutschland unsere Einladung angenommen haben, im nächsten Frühjahr nach Nordrhein-Westfalen zu kommen. Dann beginnen sie eine Reise, die im Binnenhafen Duisburg startet, weil das natürlich der größte, stärkste und attraktivste Binnenhafen der Welt ist. Er ist in Wirklichkeit das maritime Fenster unseres Landes, bevor wir überhaupt in Rotterdam gelandet sind.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung dazu machen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, es ist eine sehr optimistische Perspektive, die sich die dreieinhalb deutschen Seehäfen selbst gegeben haben. Ja, die Wirklichkeit ist etwas rauer und wesentlich zurückhaltender. Auch die Containeranlandung wird wegen der Weltwirtschaftskrise, neuer Aspekte der Arbeitsteilung, unserer Energiewende und einem möglicherweise reduzierten Einsatz von Kohle inzwischen wesentlich zurückhaltender gesehen. All das wird Auswirkungen auf das Gut haben, was qua See- und Binnenschiff verladen wird. Deshalb sollten wir an dieser Stelle beim Ausbau der Infrastruktur möglichst nicht über das Ziel hinausschießen.

Es kommt die Strecke Münster–Lünen. Ich bin fest davon überzeugt. Die übrigen norddeutschen Länderminister haben Unterstützung dafür signalisiert, dass wir diese Strecke brauchen. Wir brauchen eine A1 auf der Schiene, die nicht so lange braucht wie die A1 auf der Straße, um einen leistungsfähigen Ausbaustandard erreicht zu haben.

(Beifall von der SPD)

Deshalb werde ich alles daransetzen, diese A1 auf der Schiene so schnell wie möglich zu realisieren. Es könnte eine Chance bestehen. Warum ist das so? – Im Bundesverkehrswegeplan soll es eine neue Kategorie geben, den „Vordringlichen Bedarf Plus“. Das ist leider wieder ein Fortsetzen des Prinzips Hoffnung. Manche Ortsumgehung wird dann

noch 40 Jahre länger als Wahlkampf-Evergreen dienen müssen. Sei es drum. Wenn wir unsere wichtigsten Projekte in diesen Vordringlichen Bedarf Plus bekommen – Kölner Knoten, Dortmunder Knoten, Hafenhinterlandanbindung –, ist das gute Kategorie.

Ich kann mich nur dem Appell von Herrn Klocke anschließen: Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, Lobbyarbeit für NRW zu machen. – Wir haben als Verkehrspolitiker eine große Chance. Prügelknabe können wir auf anderen Feldern genügend sein. Was meinen Sie, was andere schauen würden, wenn das von Haushaltserfolg in Berlin gekrönt würde.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, es gibt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Bayer von den Piraten. Würden Sie diese zulassen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte, Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Danke, Herr Minister. – Zu der neuen Kategorie, von der Sie sprachen, steht im Bundeskoalitionsvertrag, 80 % der Mittel sollen in nationale Prioritätenkonzepte fließen. Dazu gehören unter anderem Seehafenhinterlandanbindungen. Sind Ihrer Meinung nach die Seehafenhinterlandanbindungen in Nordrhein-Westfalen auch gemeint?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, natürlich. Wir haben auch an dieser Stelle gemeinsam etwas historisch Gewaltiges geschafft. Unter der Kapitelüberschrift „Maritime Wirtschaft“ haben wir zum ersten Mal nicht nur die Seehäfen, sondern auch die Binnenhäfen mit internationaler Bedeutung untergebracht.

Diese Binnenhäfen mit internationaler Bedeutung sind unsere Schmuckstücke am Rhein. Deshalb wird es mehr Geld und mehr Aufmerksamkeit geben. Egal, wie auch immer der neue Verkehrsminister heißt, ob Dobrindt oder Ramsauer: Ich glaube, er wird nicht umhinkommen, sich in Duisburg von Feuerlöschboten feiern zu lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, zu den Schmuckstücken gibt es noch eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Rehbaum von der CDU-Fraktion.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte, Herr Rehbaum.

Henning Rehbaum (CDU): Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für die Möglichkeit einer Zwischenfrage. – Sie haben gerade gesagt, dass wir alles tun müssen, damit Münster–Lünen realisiert wird. Sie werden alles tun – so habe ich Sie verstanden –, damit das schnellstmöglich passiert. Können wir das so verstehen, dass damit auch die Planungsphasen 3 und 4 sofort angefangen werden?

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sobald der Nachfolger von Herrn Ramsauer grünes Licht gibt und mir nicht mehr flapsig antwortet „Guck doch gefälligst im Internet“, sondern sagt: Aber sicherlich, Kollege Groschek. Das ist die erste Maßnahme, mit der ich vom Saulus zum Paulus werde.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Bereich liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir haben insgesamt sieben Abstimmungen vorzunehmen. Ich bitte also um entsprechende Aufmerksamkeit und Disziplin.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4409, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 16/4409 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP, der Piraten und des fraktionslosen Abgeordneten Stein und der **Einzelplan 09 angenommen.**

Wir kommen dann zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/4442.** Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Überweisung!)

– Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Nein! Überweisung!)

– Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/4442: Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen.